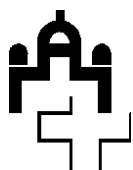


Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



22.457 n Pa. Iv. Glättli. Kriegsgewinne mit einer Windfall Profit Tax besteuern

Bericht der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 22. Mai 2023

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 22. Mai 2023 die von Nationalrat Balthasar Glättli am 12. September 2022 eingereichte parlamentarische Initiative gestützt auf Artikel 109 Absatz 2 des Parlamentsgesetzes vorgeprüft.

Mit der Initiative wird eine auf Bundesebene eine temporäre Besteuerung von Übergewinnen verlangt, die im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine stehen. Die Steuer soll insbesondere die Sektoren Energieproduktion und Energiehandel, Rohstoffhandel und Rüstungsproduktion erfassen.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 15 zu 10 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Eine Minderheit (Michaud Gigon, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Mettler, Ryser, Wermuth) beantragt, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Berichterstattung: Céline Amaudruz (f)

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Leo Müller

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Es sind die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen oder zu ändern für die Einführung einer temporären Übergewinnsteuer auf Bundesebene:

1. Deutliche Übergewinne, die in einem Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine werden mit einem höheren Steuersatz belegt.
2. Betroffen von der Übergewinnsteuer seien insbesondere die Sektoren Energieproduktion und Energiehandel, Rohstoffhandel und Rüstungsproduktion.

1.2 Begründung

Die Marktverwerfungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die lange Blockade der Ukrainischen Getreide-Export auf dem Seeweg und die eingeschränkten russischen Erdgas-Lieferungen sind enorm. Daraus resultieren nicht nur massive preisliche Belastungen für Firmen und Private, sondern auch massive Kriegsgewinne (sogenannte Übergewinne oder Windfall Profits).

Wesentliche Kriegsgewinne sind bereits angefallen und werden noch anfallen im Bereich des Rohstoffhandels. 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels läuft über die Schweiz. Ebenfalls milliardenhohe Kriegsgewinne werden bei den Schweizer Energiekonzernen erwartet, die aufgrund der europäischen Bindung des Strompreises an den Gaspreis bei weiterhin tiefen Produktionskosten massive Zusatzprofite ausweisen werden.

Gleichzeitig sind im Zusammenhang mit den erwähnten Faktoren auch deutliche Mehrausgaben für die öffentliche Hand im In- und im Ausland zu erwarten. Im Inland kann dies aufgrund der aktuellen Diskussionen u.a. Massnahmen betreffen zur sozialen Abfederung von Privaten bezüglich der Energiepreissteigerung und/oder der Inflation. Ebenfalls diskutiert werden mögliche Unterstützungsleistungen für Unternehmen, welche mit den aktuellen Energiepreisen schlicht nicht mehr kostendeckend produzieren können. Die Zahl der Konkurse ist ebenfalls steigend in einem Mass, das nicht allein aus dem Nachholeffekt der Covid-Zeit erklärt werden kann - entsprechend könnten auch auf die ALV zusätzliche Belastungen zukommen. Schliesslich ist auch zu erwarten, dass die Schweiz sich angemessen finanziell am Wiederaufbau der Ukraine beteiligt und auch finanziell dazu beiträgt, die aufgrund der Preisexplosion von Grundnahrungsmitteln in verschiedenen Weltregionen drohende Hungerkrise zu lindern.

2 Erwägungen der Kommission

Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass die Einführung einer Windfall Profit Tax die Marktmechanismen erheblich stören würde. Darüber hinaus wäre die Besteuerung von Übergewinnen technisch nur schwer umzusetzen, insbesondere bezüglich der Fragen der Abgrenzung von Übergewinnen und der Rückwirkung der zu schaffenden gesetzlichen Grundlagen. Die Mehrheit stützt sich auch auf die Haltung des Bundesrates. Dieser hat im Herbst 2022 verschiedene Unterstützungsmassnahmen für Unternehmen und Privathaushalte im Zusammenhang mit den hohen Energiepreisen bzw. der Inflation geprüft – darunter auch die



steuerliche Abschöpfung von Übergewinnen im Energiesektor – und dabei [keinen Handlungsbedarf erkannt](#). Aus diesen Gründen gibt die Kommission der Initiative keine Folge.

Die Minderheit möchte massive Kriegsgewinne abschöpfen, um damit die Folgen für diejenigen zu mindern, die unter den Verwerfungen des Marktes und den Folgen des Krieges leiden. Sie ist der Ansicht, dass verschiedene europäische Länder beweisen, dass die Einführung einer solchen Steuer machbar ist. Die ausserordentlichen Gewinne der hiesigen Rohstoffbranche erachtet sie als erhebliches Reputationsrisiko und zugleich - aufgrund der Grösse des Sektors - als Klumpen Risiko für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Forderung nach einer Windfall Tax wird auch damit begründet, dass Exponenten wie UNO- Generalsekretär Guterres oder OECD Generalsekretär Corman eine solche Steuer befürworten. Die Minderheit beantragt, der Initiative Folge zu geben.